Jetzt für wirksame
Werbung
diese Top-Werbefläche
3 für 2 buchen:
print-ad kretz gmbh, 8708 Männedorf
Tel.: 044 924 20 70
mail: fredi.kretz@kretzgmbh.ch

Donnerstag, 17. April 2014 | Nr. 16 | 56. Jahrgang

AZA
CH-8820 Wädenswil
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: Stutz Druck, Postfach 465, 8820

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Ostern 2014

Die drängende Aktualität der Auferstehungsbotschaft

Alle haben ja gesündigt und die Herrlichkeit Gottes verspielt. Gerecht gemacht werden sie ohne Verdienst aus seiner Gnade durch die Erlösung, die in Christus Jesus ist. (Römer 3,23f)

Dass Jesus für unsere Sünden gestorben sei, können viele Leute schon gar nicht mehr hören. Sie finden den Sündenvorwurf beleidigend und den Sühnetod Jesu absurd. Ihrer Meinung nach hat sich seit den biblischen Zeiten alles völlig verändert, und schon damals sei der Sündenvorwurf nichts anderes gewesen als ein Instrument, mit dem eine religiöse Elite die ahnungslose Unterschicht niedergehalten habe.

Dass mit dem Sündenbegriff Schindluder getrieben wurde, kann man nicht bestreiten. Es begann schon in der Bibel selber, als die Priesterkaste sich mit der Sündenvergebung gesund stiess. Oder man denke an den Ablasshandel im Mittelalter, als die Kirche mit der Verhökerung von Gottes Vergebung umgerechnet Milliardensummen abzockte. Wer würde heute für einen Ablassbrief noch einen Fünfliber bezahlen? Die Zeiten haben tatsächlich geändert. Dennoch lassen sich in diesen verwirrenden und rasanten Veränderungen auch wichtige Konstanten finden.

Die Sünde wurde vor Urzeiten ein hartnäckiges Thema und blieb es. Man muss annehmen, dass sie die Menschen zutiefst beschäftigt. Sünde ist das, was im Leben daneben geht. Missverständnisse und Zerwürfnisse, Fehlleistungen, Gemeinheiten und Lügen stehen in jedem geschriebenen und ungeschriebenen Tagebuch. Jeder Mensch weiss das. Vielleicht verdrängt er es, aber dann spürt er es zumindest. Daran ändern auch die tollsten Errungenschaften nichts. Selbst hochentwickelte Kulturen mit einem bewundernswerten Leistungskatalog können in primitivste Barbarei umschlagen. Dieses Risiko und das damit verbundene Schuldgefühl sitzt uns im Nacken. Deshalb sucht eine Epoche, die den biblischen Sündenbegriff und die göttliche Vergebung von sich weist, zwangsläufig und zwanghaft nach anderen Lösungen und Erlösungen. Manche von ihnen sind viel irrationaler als der Glaube an das Evangelium. Ich denke an den Atomausstieg. Bis zum Unglück von Fukushima lag der Akzent aller ökologischen Bemühungen auf der Reduktion der CO_2-Emissionen. Nach dem Tsunami und der Reaktorkatastrophe in Fukushima liessen die Umweltschützer dieses Traktandum fallen wie eine heisse Kartoffel und öffneten die Schleusen für Öl- und Kohle-, ja sogar Braunkohlekraftwerke. Es ging zuvor offensichtlich nicht um die Luft oder das Klima. Es ging vielmehr darum, irgendwelche Leistungen zu erbringen als Therapie für ein tiefenpsychologisches Unbehagen. Man musste irgend etwas tun, um auf dem Moralkonto positive Einträge zu erzielen. Das Resultat ist eine archaische Erbsenzählermoral, wie sie seit Jahrtausenden herumspukt. Ihr Antrieb ist die Angst. Sie hilft letztlich nicht weiter, deshalb kehrt das Sündenbewusstsein stets wuchtig zurück. Weil das Ventil der göttlichen Vergebung fehlt, entsteht Überdruck und schliesslich grotesker Entlastungsaktivismus.

Auch die Justiz ist davon in Mitleidenschaft gezogen. Eine christlich geprägte Justiz weiss, dass Gott auch dem schlimmsten Verbrecher vergeben kann. Bei restlos niemandem kann man ausschliessen, dass er – auf geheimnisvollen Wegen, über die wir nicht zu spekulieren brauchen – Zugang zum Reich Gottes bekommt. Deshalb haben die Gerichte und der Strafvollzug jedem Angeklagten und jedem Häftling Respekt entgegenzubringen. Die Dialektik zwischen Respekt und Bestrafung ist anspruchsvoll. Um die weltliche Ordnung zu sichern und dem Recht Nachachtung zu verschaffen, sind die Zumutungen der Verurteilung und des Strafvollzugs notwendig.

Die Perspektive des Reiches Gottes erfordert jedoch einen Vorbehalt: Wir müssen daran denken, dass vor Gott die Unterschiede zwischen einem hochangesehenen Richter und einem zutiefst verachteten Verbrecher nicht so fundamental sind wie hienieden – ja dass sie vor Gott womöglich restlos dahinfallen. Nicht zufällig gehört die Befreiung der Gefangenen – sowohl der unschuldigen als auch der schuldigen – zu den Visionen des Propheten: «Denn der HERR hat mich gesalbt, um den Elenden frohe Botschaft zu bringen, er hat mich gesandt, um die zu heilen, die gebrochenen Herzens sind, um Freilassung auszurufen für die Gefangenen und Befreiung für die Gefesselten, um ein Jahr des Wohlwollens des HERRN auszurufen und einen Tag der Rache unseres Gottes, um alle Trauernden zu trösten.» (Jesaja 61,1f).

Schlägt eine Kultur die göttliche Vergebung aus, so spielt ihr die Hoffnung aufs Jenseits, die jedem Menschen irgendwie innewohnt, einen üblen Streich: Ihre Justiz gerät unter Druck, die Vergebung eigenmächtig ins Werk zu setzen. Ein junger Mann mit dem Decknamen Carlos ist dafür ein besonders leidiges Beispiel. Carlos wurde über längere Zeit mit einem Sondersetting für monatlich 30000 Franken betreut, gefördert und therapiert. Wahrscheinlich auch: umschwärmt. Denn was gibt es angenehmeres für Sozialarbeiter, Therapeuten und Helfer als einen lukrativen Fall ohne nennenswerte Verantwortung?

Es ist unbestritten, dass die Sühne – von der Rache nicht zu reden – als Strafzweck nicht ausreicht und dass die Anleitung des Sträflings zu einem besseren Lebenswandel hinzu kommen muss. Der Strafvollzug soll durchaus erzieherische Aufgaben wahrnehmen. Es ist jedoch ein Gebot der Gerechtigkeit und der minimalen Ethik, auch die Grenzen dieser Bemühungen zu sehen. Carlos hat vor drei Jahren einem Türken, der mit seinem Sohn unterwegs war, grundlos ein Messer in den Rücken gestossen. Dass das Opfer überlebte, ist nur gerade ein glücklicher Zufall. Dieses Ereignis spielt in der Carlos-Debatte längst keine Rolle mehr. Dass selbst das Bundesgericht verfügte, das teuere Sondersetting sei weiterzuführen, sagt einiges über den Zustand unserer Justiz. Ihr Blick ist getrübt, sodass sie nicht mehr imstande ist, die göttliche Perspektive der Wiederherstellung aller Dinge von den Staatsaufgaben zu unterscheiden.

Kein Wunder, wird auf der anderen Seite der Ruf nach strengeren Strafen immer lauter. Die seinerzeit angenommene Verwahrungsinitiative ist ein Beispiel dafür. Auch die Aufhebung von Verjährungsfristen täuscht vor, dass sich jede Ungerechtigkeit bereits hier und jetzt beseitigen liesse. Prozesse über weit zurückliegende Delikte stellen jedoch die Gerichte vor unlösbare Aufgaben. Unter solchen Ansprüchen geraten das Strafrecht und der Vollzug aus den Fugen – und damit der Rechtsstaat. Die Korrektur steckt in der Osterbotschaft: Gerecht werden wir durch die Erlösung, die Gott uns verheisst.

Das gilt für Verbrecher ebenso wie für ihre Ankläger und Richter. Nur von hier aus ist ihre Würde geschützt. Und von hier aus ist zugleich die Gerechtigkeit der Menschen mit gutem Leumund relativiert. Die Vergebung der Schuld und die Herstellung der letztgültigen Gerechtigkeit ist ein göttliches Projekt. Es manifestiert sich in Jesus Christus. Wird es als Behördenaufgabe missverstanden, so setzt es das Gemeinwesen unlösbaren Konflikten und Zerreissproben aus.

Peter Ruch, Pfarrer, Küssnacht am Rigi

Inserat

Christoph Mörgeli

Buchhalterische Geisterbahn

Empfangsgeräte hin oder her, jeder muss für die SRG zahlen. Generaldirektor Roger de Weck nennt dies «moderne Mediengebühr» statt der «anachronistischen» Gebühr auf die Apparate. Keine Mühe hat de Weck aber mit seiner anachronistischen Rechnungslegung. Weil die SRG jetzt Steuern einzieht, muss sie ihre buchhalterische Geisterbahn zusammenpacken. Vereine wie der Bonsai Club Zürcher Oberland oder Freunde alter Landmaschinen Sektion Bern rechnen transparenter ab als das 1,6-Milliarden-Bundesamt am Leutschenbach.
«Wir sind – anders als am Paradeplatz – nicht in erster Linie monetär getrieben», spricht der SRG-Generaldirektor. Ein Pfui den eigennützigen Geldsäcken des Finanzplatzes. Ein Hui den gemeinnützigen Dienstleistern des Medienplatzes. Weiter doziert Roger de Weck: «Wer zum vergleichsweise hohen Lohn hinzu einen Bonus braucht, um gut zu arbeiten, verrät eine unzulängliche Identifikation mit seiner Aufgabe.» Gleichzeitig kassiert Bonusfeind de Weck zum Lohn von 350 000 einen jährlichen Bonus von über 100 000 Franken. Gefühlte Zahlen, denn die konkreten werden verschwiegen. Auch die Mitglieder der SRG-Geschäftsleitung krallen sich mit Lohn und Boni je eine halbe Million.
«Die SRG ist nicht gewinnorientiert», verkündet Roger de Weck. Dafür erfolgsorientiert. Mit «Erfolgsanteil» begründet die SRG ihren Bonus-Selbstbedienungsladen, an dem sich selbst die unteren Kader bedienen. Worin besteht dieser Erfolg? Im Gebührenraubzug auf alle Steuerzahler? In der Befreiung vor der Billag-Gebühr für sich selber? Oder sonnt sich die SRG im Erfolg des Billag-Geschäftsmodells, das gemäss Handelsregister lautet: «Rechnungen stellen und Zahlungen entgegennehmen.» Wer möchte keine solche Firma haben? Für ihre Buchhaltung wäre jedenfalls der Bonus ungerechtfertigt. Die SRG-Rechnung gleicht einem nächtlichen Blick durch ein Ofenrohr. Sie vermischt die Bereiche Radio und Fernsehen ebenso wie die verschiedenen Sprachregionen. Der Personalaufwand von beinahe einer Milliarde wird nicht aufgeschlüsselt. Überhaupt ist das Billagsystem mit dem neuen Steuersystem unvereinbar. Eigentlich müssten die Gemeinden die Gebühren einziehen. Doch wie erfasst man Touristen, die unsere Staatsmedien konsumieren? Sicher hat Roger de Weck schon bald eine Idee. Wie wär's mit einer SRG-Vignette?

Christoph Mörgeli ist Historiker und SVP-Nationalrat.

BDP UND DIE FOLGEN

Ein Lehrstück schweizerischer Parteien-Geschichte

Die BDP – was für Worte sich auch immer hinter diesem Kürzel verbergen – war nie eine Partei. Sie hatte nie ein Programm. BDP-Exponenten liessen sich medial als «nette Leute» feiern. Und als Gegner der SVP.

Ulrich Schlüer
Chefredaktor
«Schweizerzeit»

Die BDP ist ein Kind der – von gewieften Medienleuten wacker mitinszenierten – Abwahl von Christoph Blocher aus dem Bundesrat im Dezember 2007.

«Anständige Alternative»

Nachdem Blochers Abwahl aus dem Bundesrat geglückt war, witterten die in den Medien sitzenden Mit-Drahtzieher am Abwahl-Komplott eine echte Chance, Blocher, dem sie die Jahre zuvor nie beigekommen waren, gleichsam «endgültig zu erledigen». Im Blick auf dieses Ziel bemühten sie sich nach Blochers Sturz um so krampfhafter darum, eine «anständige Alternative» zur in den Medien nach Strich und Faden schlechtgemachten SVP propagieren zu können. In der sich damals abzeichnenden Spaltung einzelner SVP-Sektionen glaubten sie einen Ansatz im Blick auf diese Zielsetzung erkennen zu können. Entsprechend wohlwollend begleiteten sie die Anstrengungen der Abgespaltenen, sich in der BDP wieder zu vereinigen.

Die Kraft, ein aussagekräftiges Parteiprogramm zu formulieren, fand die neue BDP zwar nie. Um so bereitwilliger stellten sich ihre Exponenten dem breite Aufmerksamkeit sichernden Medien-Konzept zur Verfügung, das sie dem Publikum als bedingungslose Blocher-Gegner präsentierte, wofür sie die Medien mit der Hartnäckigkeit von Leierkästen der Öffentlichkeit gegenüber als «konstruktive, kompromissbereite, immer an der Sachpolitik orientierte Kräfte» hochjubelten. Dank der positiven Schlagzeilen, welche die BDP-Exponenten sich aus diesem Deal versprachen, glaubten sie sich von der (mühsamen) Arbeit für ein Parteiprogramm dispensieren und so ihre Ideen- und Konzeptlosigkeit überspielen zu können.

Die Medien ihrerseits riefen die BDP als «neue Mitte» aus, allen Ernstes glaubend, damit eine Machtbasis für den weiblichen Quisling im Anti-Blocher-Komplott, Eveline Widmer-Schlumpf, herbeizaubern zu können. Erwüchse der programmatisch ideenlosen BDP daraus keine Überlebenschance, so könnte sie zumindest Zuträgerin werden für eine sich neu gruppierende, von den Medien kräftig geförderte, deutlich nach links neigende «Neue politische Mitte».

Auf Sand gebaut

So lautete das Konzept der gegen Blocher verschworenen Medien und Links-Politiker – das sich allerdings relativ rasch als «auf Sand gebaut» entpuppte.

Das so krampfhaft hochgehaltene Image der Anständigkeit und Ehrlichkeit der neuen Partei wetzte sich an der Realität nur allzu bald ziemlich gründlich ab angesichts der trickreich inszenierten Ränke des Aushängeschilds der neuen Partei. Zunächst im Justizministerium, wo sie – enormen Raubbau an gesammelter Erfahrung bei der Bewältigung von Asyl-Problemen in Kauf nehmend – regelrechte Entlassungs-Orgien inszenierte. Noch schlimmere Auswirkungen hatte ihr Ausverkaufskurs im Finanzdepartement gegenüber US- und EU-Milliardenerpressungen, denen gegenüber sich die BDP-Beherrscherin selbst dann nicht ernsthaft zur Wehr setzte, wenn die Erpressungen allein von Datenklau genährt wurden. Sie erwies sich in der Beherrschung der «Kunst der doppelten oder gar Dreifach-Agenda» gegenüber Öffentlichkeit, Parlament sowie Verhandlungspartnern oder -gegnern als derart virtuos, dass sich bald jeder als über den Tisch gezogen vorkam.

Spiegelt sich das medial gehätschelte Wunschbild indessen nicht im Handeln der politischen Chefin, verblasst dessen Strahlkraft nachvollziehbar rasch.

Tag der Wahrheit

Der Tag, da Wähler endlich einmal wissen wollten, wofür die «neue Kraft der Mitte» eigentlich steht, kann, solange man dem Geliebt-Sein durch die Medien gewiss ist, zwar hinausgeschoben werden. Ausweichen konnte ihm schliesslich auch die BDP nicht. Nur immer stur den Gegenstandpunkt einzunehmen zu allem, wofür die SVP kämpfte und kämpft, ist als Programm zu dürftig, verhilft weder zu Respekt noch zu Profil.

So entpuppte sich das Komplott-Rezept der Medienschaffenden nach rund sechsjähriger Anstrengung als eben doch gescheitert. Mit Hilfe einer Gilde Profilloser den Profiliertesten der schweizerischen Innenpolitik stürzen zu wollen, erwies sich, als der erste «Siegerglanz» von der BDP abfiel, doch immer deutlicher als lächerliches Unterfangen, an dessen Erfolgschancen zunehmend nicht einmal mehr die Promotoren der Anti-Blocher-Kampagne zu glauben vermochten.

Der entscheidende Schlag

Der Schwertstreich fiel schliesslich im Kanton Bern: Dort, wo der seit Monaten völlig in der Versenkung verschwundene «Strategie-Chef» der BDP (vielleicht erinnern sich einige, dass diese hochtrabend umschriebene Funktion seinerzeit alt Bundesrat Samuel Schmid übertragen worden ist) eigentlich sein Wirken hätte entfalten sollen. Doch ausgerechnet im Kanton Bern wurde in der kürzlichen Grossratswahl nicht bloss die BDP empfindlich dezimiert. Noch härter traf die Tatsache die Anti-Blocher-Komplottteure, dass die SVP stärker aus dieser Wahl hervorging, als sie vor der Abspaltung der BDP gewesen war.

Was die Medien als «neue Kraft» gegen Christoph Blocher glaubten etablieren zu können, schwächte nicht die SVP, nährte in Wahrheit vielmehr bloss zänkische Grabenkämpfe zwischen den Mitte-Parteien, von denen die profilloseste inzwischen bereits im Kampf um ihr Überleben steht.

Der Mohr kann gehen …

Damit hat der «Mohr BDP» für die Medienleute seine Schuldigkeit getan. Er kann, finden die, welche die BDP aufgeblasen haben, abdanken. Gnadenlos lassen sie die einst so nachdrücklich Gehätschelten fallen, seit klar ist, dass die BDP unfähig ist, jene Rolle zu spielen, welche ihr zugedacht war.

Christoph Blocher aber, den man hatte «endgültig erledigen» wollen, erweist sich heute, da der Kampf gegen den die Schweiz entrechtenden «Rahmenvertrag» mit der EU, der Kampf gegen die «institutionelle Einbindung» der Schweiz in den EU-Apparat anbricht, als so stark wie eh und je.

Damit wird die BDP auch für jene Medienleute, denen sie eigentlich ihre Existenz und ihr Emporkommen verdankt, zum Abfallprodukt. Eine Zeitlang dürfte ihr Niedergang noch gewisse Kommentare provozieren. Bald aber wird das Interesse am profillosen Abfallprodukt dahinfallen.

Fazit

Einmal mehr zeigt sich: Profillose können in der direkten Demokratie selbst unter nachhaltiger Förderung durch die Medien höchstens während einer gewissen Zeit ein Scheindasein fristen. Einen Beitrag zur Entwicklung des Landes, zur Bewältigung drängender Probleme und Fragen leisten sie nicht. Profillose haben keine Zukunft. Teile des Publikums mögen sich an ihnen, solange die Medien sie entsprechend aufblasen, während einer gewissen Zeit ergötzen. Mehr liegt für profillose Parteien in der Schweiz nicht drin.

AUS DEM EUROPARAT

Gauck-Besuch in der Schweiz

Ich habe mich effektiv aus aktuellem Anlass auf die Rednerliste des Europarates setzen lassen; und diesen Anlass bildete der zweitägige Staatsbesuch des deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck von letzter Woche in der Schweiz.

Maximilian Reimann
Nationalrat SVP
Gipf-Oberfrick AG

Dieser Staatsbesuch aus unserem nördlichen Nachbarland ist ein Zeichen für die guten und korrekten Beziehungen, die unsere beiden Länder miteinander verbinden, insbesondere seit dem Ende des 2. Weltkrieges.

Aber dieser Gauck-Besuch deckte auch zwei Irrtümer auf, die selbst im nahen Ausland über die Schweiz bestehen. Grund genug also, sie hier und heute zu korrigieren zu versuchen.

Irrtümer korrigieren

So äusserte sich Herr Gauck zum System der direkten Demokratie, wie wir sie in der Schweiz seit Jahrhunderten praktizieren. Zu der vom Schweizervolk am 9. Februar angenommenen Zuwanderungsinitiative bemerkte er, diese Art von Demokratie könne auch Gefahren in sich bergen, vor allem wenn es über hochkomplexe Themen abzustimmen gilt. Wir Schweizer, von links bis rechts, teilen solche Bedenken in keiner Weise. Ein Abstimmungskampf zieht sich bei uns über Wochen hin, in allen Medien, gedruckten wie elektronischen, in Tausenden von Leserbriefen, Inseraten, Wahlveranstaltungen, kleinen wie grossen, in Empfehlungen von Parteien, Verbänden, NGO's, ja von der Regierung selber. Am Ende weiss jeder, der abstimmen will und abstimmen geht, was der Inhalt der Vorlage ist.

Dann sagte Präsident Gauck, er hoffe nicht, dass die Schweiz nun auf Distanz gehen wolle zu Europa. Ja was ist denn Europa? Sicher nicht bloss die EU! Für mich ist Europa primär der Europarat, der 47 und nicht bloss 28 Staaten umfasst; da sind wir voll dabei, seit über 50 Jahren. Europa ist auch die OSZE; auch da sind wir voll dabei, haben derzeit gar den Vorsitz, in einer äusserst turbulenten Periode. Europa, das sind aber auch Transitachsen, auf der Strasse, auf der Schiene, in Starkstrom-Leitungen usw. usf. Da leisten wir, schon auf Grund unserer zentralen geografischen Lage, doch enorme Beiträge zur Kohärenz unseres Kontinents.

Vorbildfunktion der Schweiz

Zudem, und damit schliesse ich ab: Die Schweiz hat sich seit 500 Jahren völkerrechtlich der Neutralität verpflichtet. Ein Neutraler auf der Weltbühne greift niemanden an. Kriege gehen nie von einem neutralen Staat aus. Gerne hätten wir aus dem Munde eines ausländischen Staatsgastes mal auch einen Hinweis auf diese Vorbildfunktion der Schweiz vernommen, ganz besonders seitens eines Präsidenten, der das heutige Deutschland repräsentiert.

EINLADUNG
zur Delegiertenversammlung
vom Donnerstag, 24. April 2014, 20.00 Uhr,
Herrliberg, Vogtei, Schulhausstrasse 49

Vorprogramm (ab 19.30 Uhr, Türöffnung 19.00 Uhr)
– Musikalischer Auftakt
– Begrüssung durch Stadtrat Ernst Frei (SVP, Herrliberg)

Traktanden
1. Begrüssung / Standortbestimmung — NR Alfred Heer
2. Volksabstimmung vom 18. Mai 2014: Eidgenössische Vorlagen
2.1 Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (Gripen-Fonds-Gesetz) – **Parolenfassung**
Pro: NR Jürg Stahl (SVP, Winterthur)
Contra: NR Daniel Vischer (Grüne, Zürich)
2.2 Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»
Information: NR Natalie Rickli (SVP, Winterthur)
2.3 Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»)
Information: NR Toni Bortoluzzi (SVP, Affoltern am Albis)
2.4 Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)» – **Parolenfassung**
Pro: noch offen
Contra: NR Hans Egloff (SVP, Aesch)
3. Kantonale Vorlagen
3.1 Kantonale Volksinitiative «Weniger Steuern fürs Gewerbe (Kirchensteuerinitiative)» – **Parolenfassung**
Pro: Andri Silberschmidt (Jungfreisinnige, Wetzikon)
Contra: KR Martin Arnold (SVP, Oberrieden)
3.2 Kantonale Volksinitiative «Keine Werbung für alkoholische Getränke auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen im Kanton Zürich»
Information: KR Ruth Frei-Baumann (SVP, Wald)
4. Nationalratswahlen 2015
5. Rechnung 2013
6. Mitgliederwerbung
7. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüssen
Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

AUS DEM KANTONSRAT

Sauhäfeli, Saudeckeli: Kantonsrat will keine «Carlos»-PUK

Der Zürcher Kantonsrat lehnt im Fall «Carlos» eine PUK-Einsetzung ab. Das Parlament verschliesst hiermit die Augen vor den grossen Problemen im Jugendstrafvollzug. Fraktionspräsident Jürg Trachsel versuchte in seinem Eintretensreferat vergebens, Links-Grün und die Freisinnigen davon zu überzeugen.

Jürg Trachsel
Kantonsrat
Fraktionspräsident SVP
Richterswil

Seit jenem ominösen TV-Beitrag von Jugendanwalt Hansueli Gürber kommt die Jugendanwaltschaft als Teil der Justizdirektion von Regierungsrat Martin Graf nicht zur Ruhe. Auf den ersten Blick könnte man meinen, schwer verständlich. Denn immerhin zwei Kommissionen haben sich bereits mehr oder weniger intensiv mit dem Luxusstraftäter befasst. Während die Justizkommission (JUKO) zum Schluss kommt, es bestehe kein weiterer Handlungsbedarf, erachtet es die auf Finanzaspekte spezialisierte Finanzkommission (FIKO) in ihren Schlussbemerkungen doch immerhin als problematisch, dass in der Jugendanwaltschaft der fallführende Jugendanwalt bei der Anordnung von Massnahmen über unbegrenzte Finanzkompetenzen verfügt.

Blinde Regierung

Auch die Antworten der Regierung auf meine Interpellation tönt auf den ersten Blick wie die Schlussfolgerungen der Berichte: Alles halb so wild, etwas teuer zwar, aber trotzdem noch alles im grünen Bereich. Eine Effizienz- und Wirtschaftlichkeitsprüfung macht die Regierung zwar nicht, denn das wäre ihren eigenen Angaben zufolge viel zu teuer.

Auch kannte der Regierungsrat das Dossier «Carlos» gar nicht, wie er in der Interpellationsantwort ausführt. Muss er natürlich auch nicht, denn – auch das entnehme ich aus besagter Interpellationsantwort – die Jugendanwaltschaften arbeiten gut und schliesslich ist «Carlos» eine Ausnahme, ein Einzelfall. Wer wie die Regierung und die beiden Kommissionen vorgeht, der will gar nichts ändern, der sitzt Probleme aus, geisselt populistisch Bundegerichtsentscheide und nervt sich über die vermeintlich so unwissende Presseberichterstattung.

Führungslose Direktion

Wir aber seitens der SVP wollen etwas ändern und wir haben auch Fragen, die nach wie vor einer Antwort harren. So frage ich mich denn z.B., wer eigentlich im vorliegenden Fall die Führungsrolle innehat. Formell sind das sicher Sie, Herr Justizdirektor Graf, faktisch habe ich aber schon seit längerem das Gefühl, ist es ein Jugendlicher namens «Carlos».

So haben Sie z.B. anlässlich einer eigens zu diesem Thema einberufenen Pressekonferenz anfangs März A behauptet, einen Tag später entnehmen wir der NZZ, dass eben B stattfindet. Unsere Fragen: Waren Sie im Zeitpunkt der Pressekonferenz über eben dieses B informiert, haben Sie gar bewusst Falschaussagen gemacht, um die so genannte Volksseele zu beruhigen?

Sie haben sich mehrmals gegen bzw. sehr kritisch in Sachen Thaiboxtraining und Herrn Beqiri geäussert. Was ist passiert? Nichts! Die Kosten sind wohl ein bisschen heruntergeholt worden, doch «Carlos» ist wieder in seinem Basler Umfeld und trainiert Thaiboxen bei Herrn Beqiri, falls das Studio und der Trainer nach den Schlägereien vor einigen Wochen wieder hergestellt sind.

Weiter fragen wir uns ganz grundsätzlich, wie gelangen immer wieder so genannte Interna an die Öffentlichkeit? In den Protokollen von JUKO und FIKO wird das kleinste «Mäusefürzchen» in diesem Zusammenhang unter das Amtsgeheimnis gestellt. Man erfährt selbst als Fraktionspräsident wirklich nichts. So gesehen kann ich subjektiv festhalten: Dem Leck sei Dank. Trotzdem bleibt die Frage bis heute unbeantwortet. Warum ist dem so, wo ist das Leck?

Skandalöse Kommunikation

Auch interessiert uns im Zusammenhang mit dem Bundesgerichtsurteil die Frage: Warum wurde «Carlos» überhaupt verhaftet. Wer hat wann was angeordnet? Sie, Herr Regierungsrat Graf, haben sich öffentlich über das Bundesgerichtsurteil aufgeregt, was schon allein aus Gründen der Gewaltenteilung alles andere als unbedenklich ist. Sie sollten sich wieder einmal «De l'esprit des lois» von Montesquieu zu Gemüte führen. Zwar 1748 in Genf veröffentlicht, ist der Geist der Gesetze auch gut 250 Jahre später manchmal noch erstaunlich aktuell. Aber auch sonst ist die Aufregung einigermassen erstaunlich, denn das Gericht hat sich ja gar nicht zum horrend teuren Sondersetting geäussert. Es hat lediglich gerügt, dass die Inhaftierung widerrechtlich war.

Deshalb nochmals unsere Frage: Wer hat wann was allenfalls auf wessen Geheiss angeordnet?

Als wären der offenen Fragen nicht schon genug und die Kommunikation seitens der Justizdirektion nicht schon genug skandalös, erfahren wir dann irgendwann, dass PR-Berater Roger Huber seit letztem September Oberjugendanwalt Marcel Riesen im Fall «Carlos» berät. Unsere Fragen: Wer genau hat und zu welchen Konditionen den PR-Berater Huber angestellt? Gab es Evaluationsverfahren bzw. warum Huber und nicht Meier? Besteht die Zusammenarbeit heute noch? Wenn ja, warum? Wenn nein, wieso nicht mehr?

Schliesslich stellen sich auch rund um den in letzter Minute geplatzten Deal zwischen dem Amt für Justizvollzug und «Carlos» bzw. dessen Anwalt einige Fragen. Rückzug von Strafanzeigen gegen Desinteresse-Erklärung in Sachen möglicher Amtsgeheimnisverletzung. Wer hat in dieser peinlichen Angelegenheit den ersten Schritt getan, wer hatte diese hirnrissige Idee? Wann genau hat RR Graf von diesem Vorhaben erfahren? Wie hat er durchgegriffen?

Nebelpetarden gegen Kostentransparenz

Last but not least bleibt natürlich immer noch die Frage der Kosten bzw. der Kostenkontrolle, allgemein und konkret. Wer genau wusste wann über die horrenden Kosten und die Ausstattung des Sondersettings Bescheid? Ein derartiger Sonderfall, derart selten, fern aller Regel – all dies beteuern uns Regierung und Kommissionen fast gebetsmühlenartig – und nur einer soll davon gewusst haben. Das glauben Sie doch selber nicht.

Ich selber und wir von der SVP auf jeden Fall haben an dieser Version unsere ernsthaftesten Zweifel. Diese auf den konkreten Fall zutreffenden Fragen harren ebenfalls bis heute einer Antwort.

Aber auch in Bezug auf die generelle Kostenkontrolle ist uns Regierungsrat Martin Graf noch Antworten schuldig. Auf die leise Kritik der FIKO hatte ja RR Graf die vermeintlichen Lösungen schnell auf dem Tisch. RIS II (direktionsinternes Rechtsinformationssystem) und Korjus (Handlungsmodell für sozialarbeiterische Abklärung). Doch sowohl FIKO als auch wir wissen: Mit einer Datenbank mehr (RIS II) sowie einem Controlling-Instrument für Sozialarbeiter sind nichts anderes als politische Nebelpetarden, die warme Luft verströmen.

Keine Spur auch nur von Ansätzen einer Einführung von wirtschaftlichen Überlegungen. Einmal mehr: Opportunismus pur seitens der Regierung, keine Spur von richtigen Antworten auf gestellte Fragen, kein Änderungswille. Man will alles bequem aussitzen. Eben: Opportunismus pur.

Fazit

Wir haben es vorliegend ohne Zweifel mit Vorkommnissen von grosser Tragweite zu tun, die auch nach zwei Kommissionen und einer Interpellation immer noch der Klärung bedürfen.

Mit den gängigen Instrumenten, die uns als Parlament zur Verfügung stehen, werden wir immer wieder am opportunistischen Verhalten der Spitze der Justizdirektion scheitern. Es braucht eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK), um Antworten auf gestellte und noch zu stellende Fragen zu erhalten.

Der Kantonsrat lehnte eine PUK mit 114 zu 52 Stimmen ab, nur SVP und BDP stimmten für dieses griffige parlamentarische Mittel.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Nicht gegen die ZKB, sondern für die Zürcherinnen und Zürcher

Claudio Zanetti
Kantonsrat SVP
Gossau

Wenn die SVP vom «Tages-Anzeiger» gelobt wird, kann das verschiedene Gründe haben. Erstens: Wir haben etwas falsch gemacht. Zweitens: Wir waren im Verbund mit den Sozis erfolgreich. Oder drittens: Was wir gemacht haben, ist so richtig, dass nicht einmal unsere ärgsten Kritiker behaupten können, es sei falsch.

Im Falle der ZKB-Vorlagen, die der Kantonsrat vergangenen Montag in erster Lesung zu Ende beraten hat, ist es wohl eine Mischung der letzten beiden Varianten. Tagi-Kommentator Daniel Schneebeli hat erfasst, worum es der von SVP und SP dominierten Kommissionsmehrheit ging: Die ZKB sollte an eine kürzere Leine genommen werden. Selbst am Titel des Kommentars gibt es für einmal nichts auszusetzen: «Die ZKB soll keine UBS sein». Das bringt es auf den Punkt. In Zeiten des Wirtschaftskriegs gilt es unverhältnismässige Risiken zu vermeiden. Der Kantonsrat will verhindern, dass die Zürcher Steuerzahler dereinst von ihrer Bank in eine Zwangslage versetzt werden, aus der sie sich nur durch hohe Lösegeldzahlungen befreien können.

Die Kommission ging mit gutem Willen ans Werk. Entgegen der dümmlichen Verlautbarung des ehemaligen SP-Fraktionschefs ist die SP keineswegs die einzige politische Kraft, der das Wohl der ZKB am Herzen liegt. Sämtliche Ratsmitglieder waren sich der Bedeutung der Vorlagen bewusst und vertraten Positionen, die der Bank und dem Kanton zum Wohle gereichen sollten. Einzig – man muss es sagen! – die FDP stieg konzeptlos in die Auseinandersetzung und blieb es bis zum Schluss. So wollten die letzten Verbliebenen des ehemaligen Zürcher Wirtschaftsfreisinns der ZKB einerseits die Möglichkeit belassen, Partizipationskapital zu schaffen, und ihr andererseits nach dem Scheitern dieses Anliegens keinen Franken zusätzliches Dotationskapital zugestehen. Dafür erinnerten die launischen Auftritte der freisinnigen Fraktionssprecherin an die Diva Bianca Castafiore aus «Tim und Struppi».

Es ist Wirtschaftskrieg. Und unsere Gegner kämpfen keineswegs fair. Während sich unser Bundesrat ums Image sorgt und am Laufmeter selbstzerstörerische Zugeständnisse macht, wollen die anderen gewinnen. In einer solchen Situation gilt es, möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten. In dieser Hinsicht hätte die ZKB zweifellos vorsichtiger sein müssen. Eine happige Busse der US-amerikanischen Behörden wird wohl nicht ausbleiben. Mehr als ein blaues Auge dürfte es allerdings nicht absetzen.

Die ZKB ist eine grosse Schweizer Bank. Eine Bank, auf die wir stolz sein dürfen. Die Frage, ob es richtig und notwendig sei, eine Staatsbank zu führen, ist müssig. Diejenigen politischen Kräfte, die eine Privatisierung oder einen Verkauf der ZKB anstreben, sind eindeutig in der Minderheit. Der Kanton Zürich hat eine Staatsbank und der Souverän ist mit der Annahme des ZKB-Gesetzes die Verpflichtung eingegangen, für sämtliche Verpflichtungen des Instituts geradezustehen, sollte dessen Vermögen dafür nicht ausreichen. Nun ist die ZKB, wie gesagt, eine grosse Bank, und mit der Grösse ist auch ein allfälliges Risiko gestiegen. Gerade im rauen wirtschaftlichen Umfeld unserer Zeit könnte sich der Kanton urplötzlich mit Forderungen in Milliardenhöhe konfrontiert sehen. Wer sich seiner Verantwortung bewusst ist, wird danach streben, hier das Risiko zu vermindern. Genau das hat der Kantonsrat auf Antrag der SVP getan.

Eine betragsmässige Begrenzung der Staatsgarantie schafft bloss eine trügerische Sicherheit. Ebenfalls als untauglich herausgestellt hat sich eine Risikobegrenzung aufgrund geographischer Kriterien oder aufgrund der Geschäftstätigkeit. Die einzig wirksame Kontrollmassnahme der Politik besteht in der Auswahl geeigneter Persönlichkeiten, die mit der Führung der Bank betraut werden und dem unmissverständlichen Signal an die operativen Verantwortlichen, dass sie beobachtet werden. Genau dieses Signal hat der Kantonsrat gesetzt.

Mit Misstrauen gegenüber dem Bankrat hat das nichts zu tun. Auch von einer Niederlage oder Schlappe des Bankrats kann keine Rede sein.

Die ZKB soll nicht einzig und allein auf Gewinnmaximierung ausgerichtet sein. Die Bank hat den volkswirtschaftlichen Interessen des Kantons Zürich zu dienen. Für diese strategische Vorgabe verdient der Kantonsrat Lob. Doch wie der Kommentator des «Tages-Anzeigers» richtig feststellt, die Nagelprobe für das Parlament kommt dann, wenn die Gewinne der Bank und damit der Geldsegen für die Politiker zurückgehen. Spätestens hier dürfte es mit der Eintracht von SVP und SP vorbei sein.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK:

Der Kantonsrat hat am Montag ...

- ☺ ... der Erhöhung des Dotationskapital-Rahmens der Zürcher Kantonalbank von 2,5 Mrd. Franken auf 3,0 Mrd. Franken zugestimmt.
- ☺ ... die Genehmigung des Reglements über die Abgeltung der Staatsgarantie durch die Zürcher Kantonalbank an den Bankrat zurückgewiesen.
- ☺ ... beschlossen, auf die Genehmigung der Änderung des Reglements über die Entschädigungen der Mitglieder des Bankrates der Zürcher Kantonalbank nicht einzutreten.
- ☺ ... einen Beitrag aus dem Lotteriefonds zugunsten des Klosters Fahr bewilligt.
- ☺ ... einen Beitrag aus dem Lotteriefonds zugunsten der Stiftung Schweizer Musikinsel Rheinau bewilligt.

14. April 2014

Inserat

SVP OETWIL A.D. LIMMAT

Gelungene Generalversammlung 2014

Wenn die ordentliche Generalversammlung zu einer wichtigen Nebensache wird, heisst der Grund Toni Brunner.

SVP Oetwil. Am 8. April 2014 pünktlich um 17.00 Uhr beginnt die Veranstaltung mit dem Eintreffen von Toni Brunner auf dem Hof von Gemeinderat Walter Bühler.

Themen mussten keine erfunden werden, denn die beiden Bauern und Politiker, Brunner und Bühler, fachsimpelten vom ersten Moment an über Kühe, Milchmenge, Hektaren sowie auch über Solaranlagen, Stromverbrauch oder den Bauernstand aus Berner Sicht.Zwischen der Besichtigung des bühlerschen «Schmittenhofes» mit dem neuen Hofladen und dem öffentlichen Referat von Toni Brunner hatte die ordentlich geführte Generalversammlung Platz.

In dieser wurde auf die interessanten wie auch lukrativen Aktivitäten insbesondere des Oetwiler Kellerfestes hingewiesen.

Sichtlich gut gelaunt: SVP-Parteipräsident Toni Brunner.

Änderungen im Vorstand

Zu intensiven Diskussionen Anlass gab die aktuellste Mitteilung der SBB zur Auflösung des «Projektes Gateway», anstelle dessen eine Vergrösserung der Aktivitäten im Limmattaler Rangierbahnhof vorgesehen werde; was möglicherweise für das Limmattal und somit auch für Oetwil zu einer noch massiveren Lärmimmission führen könnte. Neben den bisherigen Erwin Spahni (Präsident), Beni Bühler (Vize), Richard Spillmann (Kassier) wählten die anwesenden Mitglieder Daniel Rüdisühli neu in den Vorstand. Mit Dank, Blumen und Geschenken verabschiedete die Versammlung die zurücktretenden Vorstandsmitglieder Gabi Stüssi und Ninetta Sax. Als neue Revisorin und Nachfolgerin von Daniel Rüdisühli konnten wir Ursi Schöpfer gewinnen.

Toni Brunner im Zentrum

Ab 19.45 Uhr standen die wartenden Referatsinteressenten bereits vor der Tür der Gemeindescheune und der Saal füllte sich, zu unserer wie auch zur sichtbaren Freude von Toni Brunner, innert Minuten.

Während des Referates durften wir Toni Brunner als dem Publikum nahen, humorvollen Mann, der über sich selber lachen kann, wie auch als ernsten, überlegten Politiker kennen und schätzen lernen. Beim abschliessenden gemütlichen Apéro fühlten sich die Anwesenden sichtbar wohl.

Dank an alle Besucher der Veranstaltung und unseren Referenten Toni Brunner.

PAROLENFASSUNG DES KANTONALVORSTANDS

Nein zum totalen Alkohol-Werbeverbot

Der Kantonalvorstand der SVP des Kantons Zürich fasste diese Woche einstimmig und ohne Enthaltung die NEIN-Parole zur kantonalen Volksinitiative «Werbeverbot für Alkohol auf Sportplätzen». Ebenso einstimmig empfiehlt die SVP ein Ja zur Initiative «Pädophile sollen nicht mit Kindern arbeiten dürfen». Schliesslich lehnt der Kantonalvorstand den Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung klar ab.

ZB. Die weltfremde Initiative «Alkoholwerbeverbot auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen» gefährde den Vereinssport und damit die beste und günstigste Suchtprävention, sagte Kantonsrätin Ruth Frei-Baumann. Sie warb für eine Nein-Parole. Tausende lokale und regionale Sportanlässe wären gefährdet, da nur dank kostenlosen Leistungen von Sponsoren, z.B. Kühlschränke, Sonnenschirme und Stände solche Anlässe überhaupt finanziert werden können. Der Kantonalvorstand empfiehlt diese Initiative einstimmig zur Ablehnung.

Mit 28 Ja gegen 2 Nein bei 3 Enthaltungen fasste der Kantonalvorstand auf Antrag von Nationalrat Toni Bortoluzzi die Nein-Parole zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung. Beim neuen Verfassungsartikel handelt es sich um einen direkten Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin». Die Bedeutung der Hausärzte für unser Gesundheitssystem ist unbestritten. Es ist jedoch ordnungspolitisch völlig verfehlt, in einer freien Wirtschaftsordnung einem einzelnen Berufsstand verfassungsmässige Einkommens- und Besitzstandsgarantien zu gewähren. Dies wäre ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer Staatsmedizin und muss im Interesse eines freiheitlichen Arztberufs und Gesundheitswesens entschieden abgelehnt werden. Um die Stellung der Hausärzte sowie deren Aus- und Weiterbildung zu stärken, braucht es keinen neuen Verfassungsartikel.

Die Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» verlangt, dass ein Straftäter, der aufgrund eines Sexualdelikts mit Kindern oder abhängigen Personen (z.B. Behinderten) verurteilt worden ist, das Recht verliert, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben. Viele Pädophile sind Wiederholungstäter. Es sei nicht einzusehen, warum ein solcher Sexualstraftäter nach Verbüssung seiner Strafe eine Tätigkeit ausüben soll, welche ihn wieder in Kontakt mit potenziellen Opfern bringe, meinte Kantonsrätin Karin Egli-Zimmermann. Der Kantonalvorstand empfiehlt einstimmig die Ja-Parole.

An der kantonalen Delegiertenversammlung vom 24. April 2014 in Herrliberg werden die Parolen zu den weiteren Abstimmungsgeschäften gefasst.

LESERBRIEF

Kirchensteuern als Beitrag für unsere christliche Ethik!

Zwei Grundlagen sind für das Zustandekommen unserer heutigen abendländischen Gesellschaft entscheidend und nach wie vor wichtig.

Erstens die sozialen Leistungen unserer christlichen Kirchen im gesellschaftlichen Umfeld unserer Familien und Gemeinden. Dieser Einsatz spart uns manchen Franken an Steuergeldern für das Sozialwesen in den Gemeinden. Zweitens, und dieser Bereich ist in unserer heutigen globalisierten Gesellschaft noch viel wichtiger einzustufen: Die ethische Grundlage unseres christlichen Glaubens bietet uns als Menschen in einer solidarischen Gesellschaft Halt und Leitlinien, welche erst unser friedliches Zusammenleben ermöglichen. Wenn wir unsere Landeskirchen immer mehr, durch Austritte als natürliche Personen, oft aus geringfügigen finanziellen Überlegungen schwächen, schaden wir auch dem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Gerade heute, mit dem Druck durch eine multikulturelle Gesellschaft, merken wir gar nicht, dass wir fremdländischen Religionen mit unserer Gleichgültigkeit, aber auch mit einem übertriebenen Gleichheitswahn einen immer grösseren Einfluss auf unser Gesellschaftsleben einräumen. Gerade in Europa, wo sich eine säkularisierte Gesellschaft von jeglichen ethischen Grundlagen distanziert, wo jeder denkt, der Staat habe mit Sozialleistungen für eine solidarische Gesellschaft zu sorgen, hat zunehmend unsere christliche Ethik einen schweren Stand. Eine Entsolidarisierung ist die Folge und das Überhandnehmen von uns fremdländischen Gesellschaftsmodellen, die uns schlussendlich Angst machen.

Warum aber soll gerade die Wirtschaft unsere Landeskirche mit Steuergeld unterstützen? Weil letztlich die Wirtschaft profitiert, wenn unser christlich geprägtes, abendländisches Gesellschaftsmodell gut funktioniert (und die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft vom Gemeinwesen aufgefangen werden). Zudem profitiert sie von der christlichen Ethik, die von hohem immateriellem Wert fürs Wirtschaftsgeschehen ist. Deshalb Nein zur Kirchensteuerinitiative der jungen FDP.

Willy Haderer, Kantonsrat,
Unterengstringen

Die Gegner der Armee sind am Werk

Es geht hier um das Referendum gegen die «Beschaffung des Kampfflugzeuges Gripen (Rüstungsprogramm 2012 und Gripen-Fondsgesetz)». Das heisst, dass der Gripen-Fonds jährlich mit 300 000 Franken aus dem Armeebudget gespeist wird und diese Vorauszahlungen auch bei einer eventuellen Ablehnung nicht für armeefremde Zwecke eingesetzt werden dürfen.

Mit andern Worten, es werden keine zusätzlichen Mittel für den Gripen beansprucht, andererseits würden bei einem Nein auch keine nicht benötigten Mittel frei. Was mich hier hingegen in höchstem Masse beunruhigt, ist die Tatsache, dass paradoxerweise per Referendum über einen einzelnen Armeebudget-Posten abgestimmt werden kann, wogegen die Erhöhung der Entwicklungshilfe um 3,4 Prozent auf 3,2 Milliarden Dollars geräuschlos über die Bühne ging und als nicht referendumswürdig eingestuft wurde. Bis 2015 soll die Entwicklungshilfe auf 0,5 Prozent des Bruttonationalproduktes (BNP) aufgestockt werden. Der Wunsch der UNO sei unserem Bundesrat Befehl, diesen Satz später auf 0,7 Prozent des BNP erhöhen zu können.

Der Bundesrat möchte verständlicherweise auf der internationalen Bühne auch eine Rolle spielen, aber muss dies alles auf dem Buckel der Bevölkerung ausgetragen werden, ohne dass diese auch nur ein Wort zu diesem üblen Spiel zu sagen hätte? Und dieses Volk soll nun möglicherweise auch noch ohne Schutz durch eine einsatzfähige Flugwaffe als Kanonenfutter herhalten müssen? Ein einmaliger Jahresbeitrag an die Entwicklungshilfe entspricht nahezu dem Gesamtbetrag für die 22 anzuschaffenden Gripen.

Jedem Kind dürfte wohl klar sein, dass es hier der GSoA, ihren «bürgerlichen» Mitläufern und den plötzlich sparwütigen CVP- und FDP-Frauen um etwas ganz anderes geht – nämlich um die Abschaffung unserer Armee. Ohne effizienten Schutz durch einsatzfähige Kampfjets sind Bodentruppen heute nur noch Kanonenfutter. Es wäre in der Folge selbstmörderisch, unsere Milizarmee solchen Risiken auszusetzen, und auch die realitätsfremden CVP- und FDP-Damen dürften ihre Ehemänner und Söhne wohl kaum in einen solch mörderischen Kampf schicken wollen. Der ganzen Übung sinnloser Sinn: Die GSoA hätte ihr langfristiges Ziel damit erreicht – wir könnten die schrottreifen «Tiger» einen nach dem andern abstürzen lassen, um den Rest der Armee dann einfach einzumotten!

Zu Hoffnung Anlass gibt aber wiederum das Stimmverhalten bei den beiden letzten armeefeindlichen GSoA-Vorstössen, die beide überzeugend verworfen wurden. Am 13. Februar 2011 haben 56,3 Prozent des Stimmvolkes und 20 von 26 Ständen die Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» deutlich bachab geschickt. Am 22. September 2013 wurde die Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» mit 73,2 Prozent der Stimmenden und von allen Ständen abgeschmettert. An all diese Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die diese Angriffe auf unsere Armee bisher erfolgreich pariert haben, richtet sich mein Aufruf, nicht von ihrem Kurs abzuweichen und damit unsere Armee ihrer wichtigsten Waffe – der Luftwaffe – berauben zu lassen. Sonst wären auch die früheren Abstimmungserfolge nutzlos!

Es geht hier um den Weiterbestand unserer bewaffneten Neutralität und damit unserer Freiheit und Unabhängigkeit. Es ist eine Existenzfrage: Wollen wir die Sicherheit unseres Landes mit einer gut gerüststeten Armee gewährleisten oder nicht? Bei Zustimmung müssen wir auch die Frage nach dem Gripen mit Ja beantworten. Die Diskussionen um den Flugzeugtyp, der in jeder Beziehung überzeugt, sind lediglich ein Vorwand; in Tat und Wahrheit geht es den Gegnern um nichts weniger als um die Zerstörung unserer Milizarmee mit all ihren fatalen Konsequenzen!

Robert Nieth, Walchwil

PSEUDOGREMIUM ASYL-HÄRTEFALLKOMMISSION

SVP kämpft für die Abschaffung

Die SVP des Kantons Zürich hatte im Juli 2013 über 7250 Unterschriften zur Abschaffung der Härtefallkommission im Asylwesen eingereicht. Nun teilt der Regierungsrat mit, dass er die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfiehlt. Die SVP hält daran fest, dass die Härtefallkommission dringend abgeschafft gehört. Abgewiesene Asylsuchende verfügen über ein sehr reiches Instrumentarium an Rechtsmitteln, um gegen Entscheide über die Verweigerung des Asyls vorzugehen und damit den Ausweisungsvollzug abzuwenden oder zu verzögern.

SVP. In keinem anderen politischen Themengebiet gibt es eine solche Diskrepanz zwischen dem Willen der Bevölkerung und dem tatsächlichen Handeln der Behörden wie in der Ausländer- und Asylpolitik. Mit der Härtefallkommission werden renitente und rechtsstaatlich abgewiesene Asylbewerber noch belohnt. Zudem bietet der Staat selbst zahlreiche rechtliche Schlupflöcher für Sans-Papiers. So hält das Bundesgericht Arbeitsverträge auch bei fehlender ausländerrechtlicher Bewilligung für gültig. Die Behörden sind im Asylbereich generell überfordert.

Der Ausgang der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative hat es gezeigt: Die Schweiz muss der Zuwanderung wieder mit Augenmass begegnen, dazu braucht es eine Zuwanderung nach Qualifikation und nicht nach Quantität. Die Härtefallkommission ist keineswegs systemrelevant, wie die Zürcher Regierung meint. Die Härtefallkommission hat keine Entscheidungskompetenz, sondern bloss beratende Funktion. Der Regierungsrat hat seine Verantwortung direkt wahrzunehmen und braucht diese nicht an ein unnötiges Beratungs- und Begutachtungsgremium abzuschieben.

Die SVP weist darauf hin, dass die Härtefallkommission bereits im Parlament umstritten war. Im November 2012 scheiterte die Abschaffung nur mit einer Stimme Mehrheit, weil die GLP gekippt war.

SCHWEIZER QUALITÄT Sichere Zukunft in Freiheit
SVP
Die Partei des Mittelstandes

ZKB-Bankrat Alfred Binder tritt altershalber per 30. September 2014 von seinem Amt zurück. Die SVP hat gemäss Parteienproporz Anspruch auf diesen Sitz. Wahlgremium ist der Kantonsrat. Eine Findungskommission der SVP prüft und beurteilt die Bewerbungen, um der Kantonsratsfraktion Nominationsvorschläge zu unterbreiten.

Wir suchen eine starke Persönlichkeit als

Mitglied des Bankrates der Zürcher Kantonalbank

Der Bankrat besteht aus dreizehn Mitgliedern, einschliesslich der drei Mitglieder des Bankpräsidiums. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre. Die gesamte Amtszeit ist auf zwölf Jahre beschränkt und endet in jedem Fall mit der Vollendung des 70. Lebensjahrs. Die wichtigsten Kompetenzen umfassen die Festlegung der Grundsätze von Unternehmenspolitik, Leitbild, Strategie und Organisation, die Genehmigung von Quartalsberichten, Jahresbericht und Jahresrechnung, die Festlegung der Höhe der Gewinnausschüttung an Kanton und Gemeinden, die Genehmigung der Risikopolitik und die Anstellung und Entlassung von Mitgliedern der Generaldirektion. Im Weiteren arbeiten sie aktiv in Ausschüssen mit..

Anforderungsprofil

- Sie identifizieren sich mit den Zielsetzungen der Zürcher Kantonalbank und interessieren sich für die Produkte, Dienstleistungen und Herausforderungen der Finanzbranche. Sie bringen entsprechendes Wissen über Finanzdienstleistungen mit.
- Sie verfügen vorzugsweise über mehrjährige betriebswirtschaftliche und unternehmerische Erfahrung und/oder grössere Führungserfahrung in einer direkten Linienfunktion, die jedoch keine geschäftlichen oder persönlichen Interessenkonflikte mit der angestrebten Funktion beinhaltet.
- Sie besitzen solide Kenntnisse in der wirksamen Führung und Aufsicht von Gremien im Sinne einer modernen Corporate Governance.
- Sie sind eine gereifte und engagierte Persönlichkeit mit Ausstrahlung, Charakterstärke und Zuverlässigkeit. Sie denken und handeln nach wirtschaftlichen und sozialen Grundsätzen und sind fähig, Risiken und Chancen Ihres Wirkungsfeldes richtig zu beurteilen.
- Sie sind Mitglied der SVP. Der Wirtschaftsraum Zürich ist Ihnen bestens bekannt.
- Sie verfügen über einen guten Ruf und bieten Gewähr für eine einwandfreie Geschäftsführung (§16 ZKB Gesetz).

Dem Bankrat nicht angehören dürfen: Mitglieder des Kantonsrates, des Regierungsrates, der Gerichtsbarkeit des Kantons Zürich, Mitglieder von Steuerbehörden und Steuerbeamte und für andere Banken tätige Personen (§14 ZKB Gesetz). Die zeitliche Belastung beträgt ca. 30 Prozent eines vollen Arbeitspensums. Die Bewerbungsunterlagen werden vor der Einreichung des offiziellen Wahlvorschlags noch von der Finanzmarktaufsicht FINMA geprüft.

Wir freuen uns auf Ihre persönlichen Unterlagen (inkl. Strafregisterauszug und Betreibungsregisterauszug) und Ihr Bewerbungsschreiben. Einsendeschluss ist der 30. April 2014. Einen entsprechenden Gewährsfragebogen stellen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Weitere Auskünfte erteilt der Parteisekretär Reinhard Wegelin (Telefon 044 217 77 66 oder reinhard.wegelin@svp-zuerich.ch).

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung schriftlich an: Sekretariat SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Vermerk: ZKB.

BUNDESBESCHLUSS ÜBER DIE MEDIZINISCHE GRUNDVERSORGUNG

Mindestlohn für Ärzte?

Wer Sachlichkeit und Fakten vor opportunistische Einzelinteressen und Medienpolemik stellt, kann aus ordnungspolitischer, freiheitlicher und wirtschaftlicher Überzeugung nur zu einer Abstimmungsempfehlung für den 18. Mai kommen: Nein zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung.

Thomas De Courten
Nationalrat SVP
Rünenberg BL

Wer Sachlichkeit und Fakten vor opportunistische Einzelinteressen und Medienpolemik stellt, kann aus ordnungspolitischer, freiheitlicher und wirtschaftlicher Überzeugung nur zu einer Abstimmungsempfehlung für den 18. Mai kommen: Nein zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung.

Ausgangspunkt ist die im Jahr 2010 eingereichte Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin». Die Initiative wollte die Hausarztmedizin attraktiver machen. Kernpunkt war die Forderung, dass in der Bundesverfassung die Hausärzte «als in der Regel erste Anlaufstelle für die Behandlung von Krankheiten und Unfällen» vorgeschrieben werden. Der Bundesrat hat sich, wohl auch in der Angst, die breit abgestützte Hausarztmedizin könnte einen Abstimmungserfolg erzielen, für einen Gegenvorschlag entschieden. Das Parlament hat diesem im September 2013 leider zugestimmt.

Unliberaler Gegenvorschlag

Darin wird festgehalten, dass Bund und Kantone für eine «allen zugängliche medizinische Grundversorgung von hoher Qualität sorgen» und die Hausarztmedizin als «wesentlichen Bestandteil» dieser Grundversorgung anerkennen.

Der Bund sorgt für Aus- und Weiterbildung der Hausärzte und sichert diesen – per Verfassung – eine «angemessene Abgeltung» für ihre Leistungen zu. Die Hausärzte haben, nach diesen äusserst weitgehenden Zugeständnissen von Bundesrat und Parlament, ihre Initiative natürlich zu Gunsten des Gegenvorschlages zurückgezogen.

Staatlicher Mindestlohn für Hausärzte!

Nun stimmen wir also über einen neuen Artikel in der Bundesverfassung ab, der den frei praktizierenden Hausärzten einen staatlich garantierten Mindestlohn bringt. Heute beträgt der Durchschnittslohn der Allgemeinpraktiker in der Schweiz knapp 200 000 Franken.

Die Spezialärzte verdienen etwas mehr, rund 350 000 Franken. Hinzu kommen für alle, je nach Kanton, die zusätzlichen Einnahmen aus dem Medikamentenverkauf der Ärzte, was nochmals ein Zusatzeinkommen von 50 000 Franken und mehr generieren kann.

Jammern auf hohem Niveau

Vor diesem Hintergrund sind drei Feststellungen wesentlich. Erstens: Ein Hausarzt verdient in der Schweiz zwar etwas weniger als Spezialärzte, aber in der Regel immerhin doch rund 250 000 Franken pro Jahr. Kein Wunder also zweitens, dass der Arztberuf in der Schweiz weiter sehr attraktiv ist und die Ärztedichte laufend steigt.

Allein in den letzten 10 Jahren haben 2500 neue Ärzte eine eigene Praxis in der Schweiz eröffnet. Wobei drittens vor allem die Anzahl der Hausärzte steigt, jene der Spezialisten stagniert. Es besteht also keinerlei Anlass, die Hausarztmedizin zusätzlich zu fördern.

Es ist wohl das erste Mal, dass ein Berufsstand vom Staat eine Garantie zur Ausübung seines Berufes verlangt.

Dass dies mit den Hausärzten ausgerechnet ein liberaler, akademischer Berufsstand fordert, bleibt erstaunlich. In jedem Fall aber ist es klar abzulehnen.

Der Mindestlohn – eine überholte Idee

Politische Strategien, die auf ökonomischen Irrlehren beruhen, untergraben die Eckpfeiler einer prosperierenden Wirtschaft. So auch beim Mindestlohn, wie Richard Ebeling in einem Paper des Liberalen Instituts feststellt.

Folgt man den Argumenten der Befürworter von gesetzlichen Mindestlöhnen, so handelt es sich bei den Arbeitgebern um hartherzige Ausbeuter, wild entschlossen, dem Arbeitnehmer jenen realen Geldwert vorzuenthalten, der diesem aufgrund der verrichteten Arbeit eigentlich zustehen würde. Nötig sei darum ein Gesetz, das einen «fairen» oder «gerechten» Lohn erzwingt. So findet sich auf einmal ein Gedanke zurück auf der politischen Agenda, der längst auf der Müllhalde der Geschichte entsorgt zu sein schien. Der Vater dieses Gedankens: Karl Marx.

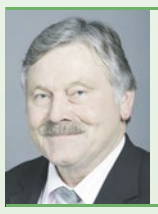
Es spielt letztlich keine Rolle, ob sich jene, die sich für einen festen, objektiven, «gerechten» Mindestlohn einsetzen dessen bewusst sind, dass sie den irrigen Annahmen eines längst verstorbenen Sozialisten des 19. Jahrhunderts folgen.

Was hingegen eine Rolle spielt, ist die Tatsache, dass eine Wirtschaftspolitik, basierend auf den marxistischen Fehleinschätzungen, den Grundmechanismen eines freien Marktes und des Unternehmertums, der Wirtschaft und dem Wohlstand schadet – und am Ende vor allem jene Leute ins Elend stürzt, denen man zu helfen vorgibt.

Quelle: http://www.libinst.ch

Für oder gegen die Armee?

Bei der Gripen-Abstimmung am 18. Mai geht es vordergründig um die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges.



Hans Fehr
Nationalrat SVP
Eglisau

In Tat und Wahrheit geht es um viel mehr – um einen Entscheid für oder gegen die Armee. Denn erstens ist das Referendum gegen die Finanzierungsvorlage (Gripen-Fondsgesetz) von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee lanciert worden. Und zweitens wäre eine Armee ohne eine ausreichende Zahl moderner Kampfflugzeuge nicht glaubwürdig. Ein Land, das seine Soldaten ohne soliden Luftschirm in den Einsatz schickt, handelt verantwortungslos.

Schon in «normalen» Zeiten muss unsere Luftwaffe den Luftraum Schweiz als Luftpolizei überwachen und nötigenfalls intervenieren können – und dies während 24 Stunden. Das fordern sogar linke Kreise. Luftraumverletzungen sind oft die erste Stufe eines Konflikts. Da braucht es eine glaubwürdige Bereitschaft und nötigenfalls eine situationsgerechte «Antwort», um Schlimmeres zu verhindern.

Als gleichzeitig das Wirtschaftsforum (WEF) in Davos und die Syrienkonferenz in der Westschweiz überwacht werden mussten, war unsere Luftwaffe mit den 32 F/A-18 schon nach kurzer Zeit am «Anschlag».

Wenn auch noch eine 24-Stunden-Luftraumüberwachung gewährleistet werden soll, ist dies ohne zusätzliche Kampfflugzeuge gar nicht möglich – vom Ernstfall gar nicht zu reden.

Zudem muss bereits im Zeitraum 2025/2028 die F/A-18-Flotte aus «Altersgründen» ersetzt werden. Ohne den Gripen würde die Schweiz dannzumal gänzlich ohne Luftschirm dastehen. Unsere Sicherheit erfordert eine rechtzeitige periodische Erneuerung unserer Luftwaffe, damit sie ihren Auftrag im relativen Frieden – und erst recht im Konfliktfall – erfüllen kann.

Sagen Sie deshalb am 18. Mai JA zum Gripen-Fondsgesetz – und damit JA zur Gripen-Beschaffung und JA zu mehr Sicherheit!

LEHRPLAN 21

Die D-EDK wurstelt weiter auf Kosten des Steuerzahlers

Anstatt die breite und grundlegende Kritik am Bürokratiemonster Lehrplan 21 ernst zu nehmen, hat die Erziehungsdirektorenkonferenz der Deutschschweizer Kantone (D-EDK) einstimmig entschieden, das Projekt Lehrplan 21 mit nur leichten Anpassungen weiterzutreiben. Der politische Mut und die finanz- und bildungspolitische Verantwortung, einen Übungsabbruch oder eine grundsätzliche Korrektur vorzunehmen, lassen auf sich warten. Stattdessen werden Fristen verlängert, damit Administration und sogenannte Experten weiter an der Realität vorbeiwursteln und Steuergelder verschwenden.

SVP. Die zwar gut gemeinten Vereinfachungen und Kürzungen des Lehrplans um 20 Prozent ergeben nach wie vor einen überdimensionierten und unübersichtlichen Lehrplan von rund 446 Seiten. Der grundlegenden Kritik, beispielsweise an der unübersichtlichen und ausufernden Kompetenzensystematik sowie an den ideologisch gefärbten fächerübergreifenden Themen, wird mit Scheuklappen begegnet. So wurde beispielsweise auch das Versprechen nicht eingelöst, sexual- und lebenskundliche Themen, wie Gender und Gleichstellung, zu streichen. Die Arbeit im Elfenbeinturm geht weiter und kostet Monat für Monat viel Geld. Dass die Umsetzung des praxisfremden Lehrplans in den Kantonen eine zusätzliche Kostenlawine auslöst und nur schon daher untragbar sein wird, scheint die Erziehungsdirektoren nicht zu kümmern.

Föderalistische Tradition respektieren

Aus Sicht der SVP muss der neue Lehrplan dringend die föderalistische Tradition der Schweiz respektieren. Es ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die kantonale Hoheit, Lehrpläne einzusetzen, nicht umgangen wird. Insbesondere stossend ist der Wille der Bildungstheoretiker, trotz grosser Kritik aus der Praxis, die zwei Fremdsprachen im Lehrplan der Grundschule zu belassen.

Da die Bildungsfunktionäre und Regierungsvertreter die massive Kritik von Seiten namhafter Erziehungswissenschaftler, der Lehrerschaft und deren Verbände, des Gewerbeverbandes sowie aus den Kantonen nicht ernst nehmen, fordert die SVP einen Marschhalt und die Streichung des Budgets für dieses Bürokratiemonster Lehrplan 21.

Die kantonalen Parlamente sind entsprechend gefordert, ihre Regierungen wieder auf den Boden der Realität zurück zu holen und ihre bildungs- und finanzpolitische Verantwortung gegenüber der Bevölkerung, den Eltern und der Lehrerschaft zugunsten der Schülerinnen und Schüler wahrzunehmen.

DAS ENDE DES «KALTEN FRIEDENS»

Gedanken aus der Stille der auslaufenden Legislatur ins Getöse des Weltgeschehens

Wenn die Legislatur am Auslaufen ist, dann läuft das Wasser in der Stille die Limmat hinunter und solches Abhaken von Pendenzen ist zwar alles andere als weltbewegend. Doch bleiben einige Gedanken grundsätzlicher Natur und in der Stille im Rat denkt man auch an das, was die Welt derzeit wirklich bewegt: Wie wir aus einer Position der Stärke heraus verhandeln müssen.

Bernhard im Oberdorf
Gemeinderat SVP
Zürich

Einen Legislaturrückblick und einen Ausblick auf die nächste Saison gab es an dieser Stelle mangels Zündstoff schon vor einer Woche – und inzwischen ist die Zündschnur noch feuchter geworden. Was noch zu reden geben könnte, sind die Steuergelder für die geplante Busbevorzugung mit Lichtsignalanlagen im Bereich des Bucheggplatzes mit absehbarem Ergebnis: Die rot-grüne Verwaltung in den entsprechenden Departementen will das, der rot-grüne Stadtrat auch und die ewig rot-grün tickende Mehrheit im Rat – den antiliberalen Grünliberalen sei Dank (oder Fluch) – steht sowieso auf solche Belästigungen des Privatverkehrs.

Ein Pferd aus Troja?

Womit wir bei weiterführenden Realitäten angelangt sind: Wohl herrschte auf bürgerlicher Seite grosse Freude darüber, dass Filippo Leutenegger mit dem Tiefbaudepartement den Verkehr übernimmt – das Heulen und Zähneknirschen bei den Rot-Grünen setzte sich über alle Lärmschutzverordnungen hinweg. Doch womöglich hat der Stadtrat den Bürgerlichen ein veritables Osterei ins Nest gelegt. So konnte bislang die grünmelierte Ruth Genner mit entsprechenden Mehrheiten in Exekutive und Legislative im Turbogang den Autoverkehr behindern – dafür gibt es ja keine Radarfallen – und auch die Verwaltung im Departement ist grün «durchseucht», das hat der Schreibende seinerzeit als Präsident der Verkehrskommission erleben müssen. Da wird es der neue Stadtrat nicht leicht haben mit seiner «Cohabitation» und seine Einsetzung im Tiefbaudepartement könnte sich durchaus noch als Trojaner erweisen: Dann nämlich, wenn trotz der möglichen Schadensbegrenzung ihm schlussendlich nur Kritik von allen Seiten entgegenschlagen sollte.

Kalter Friede am Ende

Aber was kümmern solche lokalpatriotische Querelen, wenn geostrategisch ein neuer «Kalter Krieg» droht, weil man im Westen in rot-grüner Naivität dem Regime von Putin nur zu lange unverdienten Kredit nachgeworfen hatte. Ein Fünfteljahrhundert lang nach dem Fall des Eisernen Vorhanges feierte Europa und die Welt den Frieden und die Überwindung des Kalten Krieges. Nach dem Zerfall der Sowjetunion war der Westen bereit, Russland Tür und Tor zu öffnen. Auch wirtschaftlich stieg die Verflechtung, doch wir warnten in dieser Zeitung schon vor sieben Jahren davor, sich durch Energieimporte, insbesondere durch Erdgas aus Russland, in neue Abhängigkeiten zu begeben.

Doch auch die Sportinstitutionen vergaben die Spiele – die Olympischen und jene des Fussballs – blauäugig an die russische Nomenklatura. Noch war kein Vierteljahrhundert vergangen seit der Wende, da erschreckte das russische System die Welt unter dem Taktstock von Vladimir mit dissonantem Getöse: Kaum war in Kiew der Landvogt von Moskaus Gnaden, Janukowitsch, verjagt, da marschierten Truppen auf der Krim ein – ohne Insignien der Herkunft und teilweise vermummt; auf der Hand lag, dass es Soldaten oder Söldner russischer Herkunft waren, welche die strategischen Positionen kalt besetzten. Hätten sich die Ukrainer gewehrt, so wären sie, hoffnungslos unterlegen, wohl als tragische Helden in die Geschichte eingegangen – geändert an der Realität hätten solche Selbstmordkommandos aber nichts. Droht nun – beginnend in der Ostukraine – in der Folge ein Dominoeffekt?

Friedliebend unter das Diktat …

So ist eines deutlich geworden: Es hat sich gezeigt, wohin es führt, wenn man sich friedliebend in die Position der Schwäche begibt; es ist der Weg in Abhängigkeit, gar in die Übernahme durch Annexion. Wer damit argumentiert, dass Krieg auf jeden Fall vermieden und das Gespräch aufrecht erhalten soll, hat eigentlich schon im Grundsatz recht, doch darf eines nicht ausser acht gelassen werden: Man muss in Gesprächen und Verhandlungen über eine starke Position verfügen. Gerade dies muss man in Zürich und in der Schweiz über alle Ebenen hinweg verinnerlichen.

… oder aus der Stärke heraus verhandeln?

Doch für eine gute Ausgangslage gibt es eine Voraussetzung: Man muss auch militärisch stark sein, um seine Position glaubwürdig durchsetzen zu können; alles andere ist nicht pazifistischer Idealismus, sondern schlicht Naivität: Wer schwächelt, den bestraft der Martialische. Auch der letzte Pazifist sollte es konstatieren: Der «Kalte Friede» ist nach einem Vierteljahrhundert vorbei.

NEIN EINEM MINDESTLOHN

Keine sozialistischen Profilierungsversuche

Nicht nur als Politiker, nein vor allem als «Patron alter Schule» lehne ich diese planwirtschaftliche Initiative ab. Seit 40 Jahren führe ich eine mittelgrosse Unternehmung. Zusammen, ich betone zusammen, mit meinen Mitarbeitern habe ich aus einer kleinen Fuhrhalterei ein international tätiges Logistikunternehmen aufgebaut.

Ulrich Giezendanner
Nationalrat SVP
Rothrist AG

In Rothrist, im Kanton Aargau, liegt unser Stammhaus. Wir arbeiten ohne Gesamtarbeitsvertrag. Wie ist das möglich, wie findet man ohne GAV heute noch Personal? Ganz einfach, wir bieten schon seit vielen Jahren viel bessere Arbeitsbedingungen, als es ein GAV vorsehen würde. Wir haben praktisch keine Personalprobleme, weil wir die geschätzten Mitarbeiter nach ihrer Leistung bezahlen.

Faktoren bestimmen Lohn

Ja, bei uns ist ein mittelmässiger Fahrer nicht gleich bezahlt wie der Starchauffeur. Ein Lehrling, der frisch von der Lehre kommt, hat keinen vom Staat festgelegten Mindestlohn. Er muss sich zuerst beweisen, um dann besser zu verdienen als Angestellte ohne Ausbildung.

Zum Thema Lehrling: Jeder 18-Jährige kann heute die Führerprüfung für LKW's machen. Dann macht er noch während einer Woche die CZV-Ausbildung, dann ist er Chauffeur. Was soll also einen jungen Mann dazu bewegen, eine Meisterlehre als Lastwagenfahrer zu absolvieren, wenn er in einer «Schnellbleiche» erst den Führerschein und dann sofort den Mindestlohn bekommt?

Konkurrenz aus dem Osten

Ich sagte es schon, wir sind international tätig. Rund 70 Prozent unserer Fahrzeugflotte ist aber in der Schweiz immatrikuliert. Wir bezahlen Fahrzeugsteuern in der Schweiz. Wir betreiben unsere Werkstätten in der Schweiz. Fahrzeuge werden aber im internationalen Verkehr oft von Grenzgängern gefahren. Wir stehen in internationaler Konkurrenz. Die Konkurrenz kommt oft aus Ostländern. In Bulgarien oder in Rumänien wird ein guter Fahrer mit ca. 600 Euro pro Monat bezahlt.

Diese Fahrzeuge verkehren in der EU und auch von und nach der Schweiz. Sollten wir für unsere internationalen Fahrer den Mindestlohn bezahlen müssen, wäre das erstens ungerecht, weil die Lebenshaltungskosten im Elsass oder im süddeutschen Raum nicht vergleichbar mit den Kosten in der Schweiz sind, zweitens könnten wir auf gar keinen Fall mit den genannten Unternehmen aus dem Osten konkurrieren.

Verlust von Arbeitsplätzen

Die Folgen sind klar: Ausflaggen mit den Fahrzeugen ins Ausland. Im Klartext: In der Schweiz würden massiv Arbeitsplätze verloren gehen. Unsere Geschäftsleitung will und muss sich auf dieses Szenario vorbereiten. Ich kann Ihnen deshalb schon heute sagen, dass wir gezwungen wären, allein in der Schweiz mindestens 24 Arbeitsplätze abzubauen. Diese Initiative wurde von Gewerkschaftstheoretikern entworfen. Sie ist arbeitnehmerfeindlich und in meinen Augen ein reiner Profilierungsversuch von einigen Politikern.

Zum Schluss: Frankreich hat seit vielen Jahren einen Mindestlohn. Prüfen Sie, wie es den Arbeitnehmern in Frankreich geht. Deutschland will den Mindestlohn auf ca. Fr. 10.50 anheben.

Machen Sie den Vergleich mit der Schweiz, die Schweiz will den Basislohn im Vergleich zu Deutschland auf das Doppelte anheben und garantieren.

Welche Wettbewerbsverzerrung dadurch entstehen würde, muss wohl nicht erklärt werden!

LESERBRIEFE

Mindestlohninitiative ist volkswirtschaftsschädigend

Um die drastischen Auswirkungen der Mindestlohninitiative auf unsere Schweizer Volkswirtschaft zu erkennen, braucht es eine Überlegung zu Angebot und Nachfrage. Gemäss Bundesstatistik gibt es in der Schweiz über 300 000 Arbeitsplätze mit einem Lohn tiefer als Fr. 4000 monatlich.

Die Initianten wollen in dieses Angebot eingreifen, Lohn ohne Gegenleistung heraufsetzen. Doch ganz klar, die Nachfrage nach Arbeit wird genau hier sinken. Das ist logisch. Denn kein Gewerbe kann sein Produkt auf der Verkaufsseite grundlos verteuern, sonst verliert es Kunden. Ein Gewerbe muss mühselig die teurere Arbeit mit weniger Arbeitswilligen organisieren.

Ein Teil von Arbeitswilligen wird vom Ausüben der Arbeit gehindert werden.

Das Ganze gefährdet Arbeitsplätze, bringt Arbeitslosigkeit. Um Volkswirtschafts-Willen, Nein zur Mindestlohninitiative.

Diego Bonato, Gemeinderat,
Aesch ZH

Der Gripen ist eine unverzichtbare Investition in die Sicherheit

Sicherheit ist immer wieder ein Thema. Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt. Gerade in der sich allgemein zuspitzenden Lage in Europa braucht es ein Flugzeug für Krisen und Konflikte.

Die Beschaffung des Gripen ist eine unverzichtbare Investition in die Sicherheit. Es gibt keine Alternativen. Die Schweizer Luftwaffe muss in einer Krise robust genug und einsatzfähig sein, um bestehen zu können und sich dagegen einzusetzen. Der Gripen erfüllt die militärischen Anforderungen.

Die Schweiz bekommt mit diesem modernen Gesamtsystem mit bestem Kosten-Nutzenverhältnis genau das was sie braucht. Desinformationskampagnen, verfolgen einzig Eigeninteressen, insbesondere unsere Armee ratenweise abzuschaffen. Es gilt die Interessen der Schweiz in den Mittelpunkt zu stellen, denn es geht hier um die Existenz der Schweizer Luftwaffe und somit um die Glaubwürdigkeit unserer Armee. Nur eine glaubwürdige Armee mit einer glaubwürdigen und funktionsfähigen Luftwaffe kann die Sicherheit und Souveränität der Schweiz auch in Zukunft gewährleisten, deshalb ein klares Ja zum Gripen.

Jacqueline Hofer, Kantonsrätin,
Dübendorf

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.

Tel. 044 822 26 11

Forstpflanzen jeder Art, erstklassige Qualität aus ausgewählten Beständen

Wildgehölze für stufige Waldränder, Garten-, Bach- und Strassenbegleitbepflanzungen

Jungpflanzen für Weihnachtsbäume

Wildverbiss- und Fegeschutz für Nadel- und Laubholz, Akazienpfähle zur Befestigung

Fordern Sie unsere Preisliste an!

Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
Fax 071 636 10 29
www.kressibucher.ch

Warum die Schweiz den Gripen braucht!

Öffentliche Veranstaltung
Mittwoch, 23. April 2014, 20.00 Uhr
Kasinosaal, Markplatz 1
8910 Affoltern am Albis

Referenten:
Markus Gygax, Korpskommandant a.D.
ehem. Kommandant Schweizer Luftwaffe

Martin Sauter, Geschäftsführer
Sauter Bachmann AG, Netstal GL

Ueli Maurer, Bundesrat
Vorsteher des VBS

Abschluss mit Diskussion und Apéro

Schweizerische Volkspartei
Bezirk Affoltern

zum Gripen

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Diverses Brennholz, 2–3-jährig, ab Waldstrasse Buchs ZH, alles in 1-Meter-Spälten. Tel. 079 344 21 15.

GESUCHT

Gesucht **Jungvieh;** Rinder, Remonten, Büffel, Sömmerung auf Alp Sardena, Isone TI für ca. 110 Tage, Transport wird org. Tel. 055 244 37 91/079 779 34 99, e.kunz.staempfi@bluewin.ch.

ZU KAUFEN GESUCHT

Kaufe **Autos, Busse, Lieferwagen** etc. Gute Barzahlung, gratis Abholdienst. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.

Gras/Zwischenfutter zum Silieren oder Heuen ab Feld zu kaufen gesucht. Tel. 079 216 60 09.

IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/wuchemaert

Preise
3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.–** inkl. MWSt.
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.–** inkl. MWSt.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11
Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

mediawatch.ch

Einladung

Vortrag und Diskussion

Au Premier, Hauptbahnhof Zürich
Freitag, 25. April 2014, 19.30 Uhr

Was tun, wenn Goliath an der Tür rüttelt?

Referat von Nationalrat Lukas Reimann

Bringen Sie Ihre Freunde mit zu diesem spannenden aktuellen Vortrag über die Lage der Schweiz nach der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit.

Veranstalter: Vereinigung Medien-Panoptikum, Postfach 1827, 5401 Baden

Lassen Sie sich vom Wetter nicht um den Lohn Ihrer Arbeit bringen.

Wir unterstützen Sie in Ihrem Risikomanagement mit einer umfassenden Deckung gegen Wetterrisiken.

Postfach, 8021 Zürich
Tel.: 044 257 22 11
Fax: 044 257 22 12
info@hagel.ch
www.hagel.ch

Schweizer Hagel
Suisse Grêle
Assicurazione Grandine
IM DIENST DER LANDWIRTSCHAFT

MINDESTLOHN-INITIATIVE
Wohlstandsrezept oder Rohrkrepierer?

Podiumsveranstaltung

Dienstag, 22. April 2014
20.00 Uhr – Schulhaus Zwingert, Buchs

Politgrössen diskutieren unter der Leitung von
Benjamin Geiger, Chefredaktor "Zürcher Unterländer"

Thomas Hardegger, Nationalrat SP – Pro
Julia Gerber Rüegg, Kantonsrätin SP – Pro
Gregor Rutz, Nationalrat, SVP – Contra
Beat Huber, Kantonsrat, SVP – Contra

Es freuen sich auf Ihren Besuch:

SP des Bezirks Dielsdorf
SVP des Bezirks Dielsdorf

Für Freiheit und Sicherheit

print-ad kretz gmbh

Tel. 044 924 20 70
Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

1. Mai Veranstaltung

SVP-Fest auf dem Watter Dorfplatz

Mit Gastreferent **Hans Ulrich Lehmann**, Unternehmer, zur **Mindestlohninitiative,** ca. 14 Uhr

Ab 11 Uhr Festwirtschaft mit Köstlichkeiten aus dem Watter Weinberg und vom Holzkohlengrill.

Donnerstag, 1. Mai 2014
Dorfplatz, Watt (bei Regensdorf)

Für Unterhaltung sorgt „Heli" mit seiner Schwyzeröregliformation aus dem Furttal.
www.echovomfurttal.ch

Wir freuen uns auf viele Teilnehmer.

SVP Regensdorf

www.svp-regensdorf.ch

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 28. April 2014, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern
Mittwoch, 23. April 2014, 20.00 Uhr, Kasinosaal, Marktplatz 1, Affoltern am Albis, öffentliche Veranstaltung «Warum die Schweiz den Gripen braucht!» Referenten: KKdt a D Markus Gygax, ehem. Kommandant Schweizer Luftwaffe, Martin Sauter, Geschäftsführer Sauter Bachmann AG, Netstal GL und Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des VBS. Abschluss mit Diskussion und Apéro.

Freitag, 27. Juni 2014, Gemeindesaal Kappel, Gedenktag Kappeler-Milchsuppe mit Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz.

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 26. Mai 2014, 20.00 Uhr, Schützenhaus, Hausen am Albis, Parteiversammlung.

Bezirk Affoltern / Wettswil am Albis
Mittwoch, 15. Oktober 2014, 20.00 Uhr, im Singsaal des Schulhauses Mettlen, Wettswil am Albis, Podiumsveranstaltung mit Nationalrat Luzi Stamm und Nationalrat Hans Kaufmann.

Bezirk Bülach
Mittwoch, 7. Mai 2014, 19.00–19.45 Uhr, Landgasthof Breite, Winkel, öffentliche Diskussion zum Thema Mindestlohn – schädlich oder fair?, mit Unternehmer Hans-Ulrich Lehmann (SVP) und Kantonsrätin Rosmarie Joss (SP). Gesprächsleitung: Kantonsrat Claudio Schmid.

Mittwoch, 7. Mai 2014, 20.00 Uhr, (anschliessend an Mindestlohn-Podium), Landgasthof Breite, Winkel, Delegiertenversammlung.

Bezirk Dielsdorf
Dienstag, 22. April 2014, 20.00 Uhr, Schulhaus Zwingert, Buchs, Podiumsveranstaltung zur Mindestlohn-Initiative, Wohlstandsrezept oder Rohrkrepierer? Teilnehmer: Nationalrat Thomas Hardegger (SP, pro), Kantonsrätin Julia Gerber Rüegg (SP, pro), Nationalrat Gregor Rutz (SVP, contra) und Kantonsrat Beat Huber (SVP, contra). Leitung: Benjamin Geiger, Chefredaktor «Zürcher Unterländer». Veranstalter: SVP des Bezirks Dielsdorf und SP des Bezirks Dielsdorf.

Bezirk Dielsdorf / Regensdorf
Donnerstag, 1. Mai 2014, ab 11.00 Uhr, auf dem Watter Dorfplatz, 1.-Mai-Veranstaltung, Festwirtschaft mit Köstlichkeiten aus dem Watter Weinberg und vom Holzkohlengrill, mit Gastreferent Hans Ulrich Lehmann, Unternehmer, zur Mindestlohninitiative, ca. 14.00 Uhr. Für Unterhaltung sorgt «Heli» mit seiner Schwyzerörgeliformation aus dem Furttal. www.echovomfurttal.ch

Bezirk Dietikon / Urdorf
Samstag, 3. Mai 2014, 10.00 Uhr (ab 9.30 Uhr Kaffee und Gipfeli), ref. Kirche, Kirchgemeindehaus, Poststrasse 50, Dietikon, Gripen-Anlass, Ja zum «Gripen-Fondsgesetz», Abstimmung vom 18. Mai 2014. Referenten: Korpskommandant André Blattmann, Chef der Schweizer Armee, Hans Egloff, Nationalrat SVP, Markus Binder, Präsident SVP Urdorf, und Fabio Bosch, Grenadier-Offizier. Während der Veranstaltung steht ein Kinderhütedienst zur Verfügung. Im Anschluss an die Referate gemütliches Beisammensein mit Wurst und Grill, Getränken und volkstümlicher Musik.

Bezirk Horgen / Langnau am Albis
Samstag, 10. Mai 2014, 14.00 Uhr bis Sonntag, 11. Mai 2014, 18.00 Uhr, im Gutsbetrieb Rengg, RenggerChilbi, Musik, Stimmung, Essen und Trinken, Steinewerfen, Reiten, Kutschenfahrten. Samstag ab 18.30 Uhr Tanz mit «Die Entertainer», Sonntag ab 9.00 Uhr Muttertagsbrunch, musikalische Unterhaltung Akkordeon-Orchester Adliswil. Organisation: SVP Langnau am Albis und Jodlerclub Langnau am Albis.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Dienstag, 22. April 2014, 19.30 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht, ausserordentliche Parteiversammlung.

Sonntag, 18. Mai 2014, ab 16.00 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht, Wahltreff.

Bezirk Meilen / Männedorf
Dienstag, 20. Mai 2014, 20.00 Uhr, reformierter Kirchgemeindesaal, Zentrum Leue, Männedorf, öffentlicher Informationsabend. Was macht der Kantonsrat gegen die zunehmenden Staus auf den Hauptstrassen? Müssen wir bald wieder mit Steuererhöhungen rechnen? Wann kommt der neue kantonale Richtplan? Wie verlaufen die Arbeiten für die Totalrevision des Gemeindegesetzes? Zu diesen und anderen Fragen stehen Ihnen die Kantonsräte der SVP Bezirk Meilen Red und Antwort: Theres Weber-Gachnang, Claudio Zanetti, Hans-Peter Amrein und Rolf R. Zimmermann. Anschliessend an die Veranstaltung wird ein Apéro offeriert.

Bezirk Pfäffikon
Donnerstag, 17. April 2014, 20.00 Uhr, Landgasthof zur Krone, Russikon, öffentlicher Informationsabend mit Markus Gygax, ehem. Chef Luftwaffe. Warum soll die Schweiz ein neues Kampfflugzeug beschaffen? Ohne Luftwaffe keine Armee!

Donnerstag, 8. Mai 2014, 20.00 Uhr, im Saal der Stiftung zur Palme, Hochstrasse 31, Pfäffikon, Podiumsveranstaltung über Gripen ja oder nein, mit Markus Gygax, ehem. Luftwaffenchef der Schweizer Armee (pro) und Joe Lang, Grüne Schweiz (contra). Gesprächsleitung: Anna Guhl, Redaktorin «Zürcher Oberländer». Eine gemeinsame Veranstaltung der Grünen und der SVP des Bezirks Pfäffikon.

Stadt Zürich / Kreis 11
Freitag, 23. Mai 2014, 18.00 Uhr (Referat 18.30 Uhr), Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Gastreferent: Kantonsrat Matthias Hauser, SVP, Hüntwangen. Thema: «Wie kann die Volksschule wieder gesunden?».

Freitag, 22. August 2014, 18.00 Uhr (Referat 18.30 Uhr), Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Referentin: Nationalrätin Natalie Rickli, SVP, Winterthur. Thema: «News aus Bundesbern».

Freitag, 31. Oktober 2014, 18.00 Uhr (Referat 18.30 Uhr), Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Referent: Gemeinderat Dr. Daniel Regli, SVP, Zürich, Thema: «Duttweiler und Schloter – von der Kunst des Möglichen».

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Dienstag, 29. April 2014, 19.30 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung. Ca. 20.30 Uhr Referat von Nationalrat Toni Bortoluzzi zur «Hausarzt-Initiative».

Donnerstag, 26. Juni 2014, 19.00 Uhr, Sommerhöck (weitere Angaben folgen).

Montag, 1. September 2014, 19.30 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Montag, 3. November 2014, 19.30 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Freitag, 28. November 2014, 19.00 Uhr, Adventsessen (weitere Angaben folgen).

Donnerstag, 29. Januar 2015, 19.00 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 23. April 2014, ab 18.30 Uhr, Hotel St. Gotthard, Bahnhofstrasse 87, Zürich, Podiumsgespräch zur Mindestlohn-Initiative: Lohnschutz oder Jobkiller? Öffentlicher Anlass mit Apéro. Teilnehmer: Fabian Molina, Präsident JUSO (pro), Roman Burger, Geschäftsleiter Unia Zürich-Schaffhausen (pro), Beat Walti, Präsident FDP Kanton Zürich (contra) und Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich (contra). Mit einem Inputreferat von Matthias Ramer, Vizepräsident der Zürcher Hoteliers. Moderation: Hugo Bigi, Moderator TeleZüri.

Dienstag, 29. April 2014, 20.00 Uhr (Apéro 19.30 Uhr), Gasthof zum Löwen, Seestrasse 595, Meilen, öffentliche Podiumsdiskussion zur eidg. Volksabstimmung vom 18. Mai 2014: Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen». Teilnehmer: Nationalrätin Natalie Rickli (SVP, pro), Nationalrat Gregor Rutz (SVP, pro), Nationalrat Daniel Jositsch (SP, contra) und Nationalrat Daniel Vischer (Grüne, contra). Leitung: Edgar Schuler, Redaktor «Tages-Anzeiger».

Donnerstag, 8. Mai 2014, 18.00 Uhr, maxon motor AG, Brünigstrasse 220, Sachseln/OW, Podiumsgespräch/44. Fabrikgespräch maxon motor AG zum Thema «Die Entwicklung im Mittleren Osten: Was sind die Konsequenzen für die Schweiz?» (Migration, Entwicklungshilfe vor Ort, Probleme mit Asylsuchenden in der Schweiz) mit NR Hans Fehr, SVP/ZH, Manuel Bessler, Vizedirektor DEZA, Delegierter für humanitäre Hilfe und Chef SKH und Mario Gattiker, Direktor Bundesamt für Migration.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 2. Mai 2014, 20.00 Uhr, Thurpark, Volkshausstrasse 23, Wattwil SG, 22. Churfirstentagung 2014, öffentlicher Anlass. «Wohin führt die bundesrätliche Europapolitik?». Referent: Nationalrat Thomas Aeschi, Zug. Umrahmung: Jodlerklub Wattwil, grosse Verlosung.

Gemäldeausstellung
Samstag, 5. April 2014 bis Samstag, 28. Juni 2014, im Gemeindehaus Embrach, Thema: Am Wildbach, Landschafts- und Tier-Aquarelle von Konrad Flückiger, Oberembrach. Vernissage: 5. April, 17.00 Uhr mit Nationalrat Alfred Heer, Zürich. Finissage: 28. Juni, 17.00 Uhr mit Kantonsrat Matthias Hauser, Hüntwangen.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 25. Mai 2014, **1. Ausfahrt:** 5-Seen-Tour.

Sonntag, 22. Juni 2014, **2. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 20. Juli 2014, **3. Ausfahrt:** Vogesen.

Sonntag, 24. August 2014, **4. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 21. September 2014, **5. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 5. Oktober 2014, **6. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Generalversammlung
Freitag, 25. April 2014, Hof Spaltenstein, Tannenhof, Rankstrasse 90, Kloten. 20.30 Uhr Nachtessen.

Schlussfest
Freitag, 10. Oktober 2014, Gasthof Löwen, Mönchaltorf.

Sommerreise
Donnerstag, 7. August 2014 bis Sonntag, 10. August 2014: Nähere Angaben folgen.

Stämme
Dienstag, 13. Mai 2014, 19.00 Uhr, **1. Stamm**, Restaurant Windegg, Hochwachtstrasse 3, Albispass.

Donnerstag, 12. Juni 2014, 19.00 Uhr, **2. Stamm,** Schürlibeiz Aspenhof, Thalheim a. d. Thur.

Donnerstag, 10. Juli 2014, 19.00 Uhr, **3. Stamm,** Restaurant Tanne, Dorfstrasse 24, Grafstal.

Dienstag, 29. Juli 2014, 19.00 Uhr, **4. Stamm,** Restaurant Grünwald, Regensdorferstrasse 237, Zürich.

Dienstag, 19. August 2014, 19.00 Uhr, **5. Stamm,** Restaurant Laufenbach, Gmeindrütistrasse 1b, Rüti.

Donnerstag, 4. September 2014, 19.00 Uhr, **6. Stamm,** Restaurant Hirschen, Dorfstrasse 2, Obfelden.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 2296–3480
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+ 2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion:
Reinhard Wegelin (rw.),
Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr

Insertionspreise:
www.stutz-druck.ch/content/der-zuercher-bote

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook

www.facebook.com/svpzuerich

Einladung zu einer aktuellen Podiumsveranstaltung über

Gripen ja oder nein

mit
Markus Gygax ehemaliger Lufwaffenchef der Schweizer Armee {Pro}

Joe Lang, Vizepräsident Grüne Schweiz {Kontra}

Gesprächsleitung
Anna Guhl, Redaktorin "Zürcher Oberländer"

Die Abstimmung über die Vorlage findet am 18. Mai statt.

Donnerstag, 8. Mai 2014 um 20:00 Uhr
Im Saal der Stiftung zur Palme, Hochstr. 31, Pfäffikon

Eine gemeinsame Veranstaltung der Grünen und der SVP des Bezirks Pfäffikon

GRÜNE Grüne Kanton Zürich

SVP